

Das Prinzip der Demokratie

Argumente von Dr. Manfred Pohl

Die Demokratie in unserem Lande ist eine Errungenschaft, die einen sehr hohen Wert besitzt. Sie hat die Bundesrepublik Deutschland zum dem gemacht, was sie heute national und international darstellt. Sie hat sich gegen eine Vielzahl von Angriffen und Anfeindungen behauptet und ist die politische und gesellschaftliche Grundmaxime in unseren gesellschaftlichen Strukturen geworden. Trotz dieser Eindeutigkeit habe ich die Auffassung gewonnen, daß Demokratie nicht verabsolutiert werden kann. Es gibt keine Demokratie um jeden Preis und unter allen Umständen. Demokratie hat objektive Grenzen, bei deren Überschreitung sie nicht funktionieren kann und kontraproduktiv ist.

Problemlos zu erkennen ist das zum Beispiel bei der Beurteilung von Naturgesetzen und speziellen Abläufen in der Natur. Sie sind kein Gegenstand demokratischer Abstimmungen. Man kann nicht „demokratisch“ darüber abstimmen lassen, ob zum Beispiel der Energieerhaltungssatz richtig ist oder nicht, oder ob die Gravitation eine Naturkraft ist oder nicht, oder ob die Erde der Mittelpunkt der Welt ist oder nicht. Es handelt sich um Vorgänge und Zusammenhänge, die vom menschlichen Bewußtsein und von den bewußt handelnden gesellschaftlichen Kräften unbeeinflußbar sind, um Naturgesetze, zu denen die Wissenschaft eindeutige Erkenntnisse erlangt hat. Es ist unmöglich, darüber nach dem Willen der Menschen zu entscheiden. Es gibt auch sicher kaum jemanden, der dafür demokratische Vorgehensweisen verlangen würde.

Etwas schwieriger zu erkennen ist dies schon bei dem Naturprozeß des Aufkommens und der Verbreitung von Krankheitserregern, wie zum Beispiel des Ebola-Virus in afrikanischen Ländern von 2014 bis 2018 oder des gegenwärtig weltweit verbreiteten Corona-Virus'. Auch bei solchen Naturvorgängen haben demokratische Vorgehensweisen objektive Grenzen. Wenn zum Beispiel zu Zeiten einer Pandemie staatliche Stellen – das sind demokratisch gewählte Einrichtungen – Festlegungen zum Schutz der Allgemeinheit treffen, weil es dazu keine Alternative gibt, haben sich unabhängig von eigenen Ansichten alle daran zu halten. Anders vorzugehen hat mit demokratischen Prinzipien, heißt, mit Eigenentscheidung oder mit Meinungsfreiheit nichts zu tun, Meinungsvielfalt und Pluralismus sind hierbei nicht gefragt. Niemand kann sich davon freisprechen, weil er anderer Meinung ist. Solche Festlegungen sind kein Gegenstand „demokratischer“ Diskussionen. Es sind notwendige Auflagen, keine Empfehlungen. Natürlich können sich Kräfte zusammenfinden, die dazu andere Meinungen haben. Sie können diese Meinung auch äußern und schauen, ob sich dafür eine Mehrheit findet. Selbst wenn, hat diese Mehrheit keine praktische Bedeutung. Wenn aber versucht wird, solche Maßnahmen zu umgehen oder gar zu sabotieren, so kann das nicht geduldet werden, dagegen muß konsequent vorgegangen werden.

In Zeiten einer weltweiten Pandemie müssen anstelle eines pseudodemokratischen Herumdokterns an der Sachlage klare zentralistisch geführte Entscheidungen getroffen werden. Um es ganz deutlich zu sagen: Es müssen Befehle gegeben werden. Die können und müssen vorübergehend demokratische Regeln außer Kraft setzen und alle Macht auf die bestehenden staatlichen Einrichtungen vereinen. Selbstverständlich müssen dafür eindeutige zeitliche, situationsdiktierter Begrenzungen konzipiert sein, die nach Beendigung der Krise die Rückkehr zum demokratischen Status sichern. Auch muß garantiert sein, daß die Bevölkerung mit zentralisierten Maßnahmen nicht getäuscht wird und die Maßnahmen im Hintergrund für propagandistische Aktionen

verwendet oder für den Wahlkampf mißbraucht werden. Leider ist davon die deutsche Politik gegenwärtig nicht frei. Auch müssen die Festlegungen von höchster Qualität und Eindeutigkeit sein, damit sie von der Bevölkerung getragen werden können.

Deshalb halte ich es für unvertretbar, wie in Deutschland zu Beginn der Krise mit ihr umgegangen wurde. Die Bundesregierung hatte wegen der bestehenden Länderstrukturen die Verantwortung auf die Länder abgeschoben, die wiederum haben sie den Gemeinden zugeordnet, und die haben schlußendlich den örtlichen Einrichtungen die Entscheidungen übertragen. Am Ende ergab sich ein heilloses Durcheinander im Umgang mit der Corona-Pandemie, das verschiedentlich immer noch nicht überwunden ist. Jeder machte, was er für richtig hielt, berücksichtigte dabei virologische Erkenntnisse oder auch nicht, überall gab es unterschiedliche Festlegungen, so daß die Bevölkerung nicht mehr erkennen konnte, was eigentlich zu tun geboten ist. Das Setzen auf Pluralismus und Meinungsvielfalt ist in einer solchen Situation kontraproduktiv, anders gesagt, es ist unvertretbar, unverantwortlich. Gegenwärtig hat man sich ja „verständnislos“, was immer das heißen möge. Es gibt Ansätze zentraler Festlegungen, mehr jedoch nicht. Völlig unverständlich ist mir deshalb, daß eine deutsche Politikerin die nach langem Streit mit großer Mühe erreichte bundeseinheitliche „Notbremse“, wenn sie auch inhaltlich streitbar sein möge, eine „Klatsche gegen den Pluralismus“ nannte. Dies beweist nichts anderes als völligen politischen Unverstand. Aber auch ohne solche Totalausfälle gab und gibt es viel Unverständliches. Wenn sich zehn Politiker zur Krisenbekämpfung äußern, haben wir zehn verschiedene Meinungen. Äußern sich dieselben zehn Politiker zweimal, haben wir zwanzig verschiedene, teils gegensätzliche Meinungen. Die Ursachen dafür sind in der Meinungsvielfalt zu finden, die an dieser Stelle überhaupt nicht gebraucht werden kann. Es sollten besser alle schweigen, sich zusammensetzen und eine (nur eine!) Meinung herausarbeiten, dann spricht einer (nur einer!), der von allen dazu autorisiert wurde. Was aber nicht geschehen darf, ist, daß die öffentliche Berichterstattung durch eine politische Lobby tendenziös gesteuert wird, so daß mit falschen Zahlen, mit Fehlinformationen und Unterdrückung der Wahrheit ein Gewissensdruck in der Bevölkerung aufgebaut wird. Es ist auch inakzeptabel, wenn die politischen Kräfte die Ergebnisse wissenschaftlicher Analysen ignorieren, weil sie der Meinung sind, es besser zu wissen. Es ist ferner nicht vertretbar, daß durch Uneinigkeit und fachliche Inkompetenz in verschiedenen politischen Gremien der Bevölkerung bei den Bekämpfungsmaßnahmen ein organisatorisches Desaster übergestülpt wird, das seinesgleichen nicht finden läßt. Besonders deutlich ist dies in der Organisation der Corona-Schutzimpfung der Bevölkerung sichtbar geworden.

Ein ganz ähnliches Problem, in dem der Pluralismus unzweckmäßig ist, besteht in unserem Bildungssystem. Die offiziell hochgehaltene Grundauffassung, Bildung sei Ländersache, ist substantiell falsch. Jedes Bundesland hat dadurch ganz eigene, zum Teil sehr unterschiedliche Zielvorgaben in der Schulbildung und in der Berufsausbildung. In einer Zeit, da ein Arbeitnehmer samt Familie für einen geeigneten Arbeitsplatz ohne Not das Bundesland wechselt, ist das unverantwortlich, weil seine Kinder in der neuen Schule wegen unterschiedlichen Bildungsniveaus' möglicherweise überfordert sind oder sich langweilen. Im einzelnen gibt es sogar Ausbildungsabschlüsse, die nicht länderübergreifend anerkannt werden, so daß Absolventen einer speziellen Ausbildung eines Bundeslandes in anderen Bundesländern nicht eingesetzt werden können. Es gibt also Dinge, bei denen das Prinzip des Zentralismus gegenüber pluralistischen Prinzipien vorteilhafter, sogar unverzichtbar ist. Ich sehe darin auch keine Gefahr für die Demokratie, wenn mit dem Ziel einer einheitlichen Ausbildung Bildungsgrundsätze bundeseinheitlich festgelegt werden. Dazu muß jedoch der oben genannte Grundsatz aufgegeben werden, er muß lauten, Bildung gehört in die Verantwortung des Bundes.

Ganz nebenbei ist dies auch eine finanzielle Frage. Man muß nicht 16 Bildungsministerien unterhalten, die alle damit beschäftigt sind, Bildungsgrundsätze zu erarbeiten und durchzusetzen, also für jedes Bundesland das Fahrrad neu zu erfinden. Ein Bundesministerium genügt, und sei es auch dreimal so groß.

Manchmal stelle ich mir vor, was passieren würde, wenn die Menschheit vor dem Einschlag eines kosmischen Objektes von der Größe etwa des Asteroiden Bennu (ca. 500 m Durchmesser, 78 Mio. t Masse) in vorausbestimmten 6 Monaten auf die Erde stünde. Der Einschlag eines solchen Objektes würde mit hoher Wahrscheinlichkeit das Leben auf der Erde für mehrere Millionen Jahre beenden. Es ist mit den heutigen wissenschaftlich-technischen Möglichkeiten gewiß nicht ausgeschlossen, daß bei weltweiter Zusammenarbeit aller wissenschaftlichen Einrichtungen eine solche Kollision abgewendet werden könnte. Nun stelle ich mir aber weiter vor, was geschehen würde, wenn in dieser Situation in den politischen Gremien der Welt erst „demokratisch“ darüber debattiert werden würde, wie damit umzugehen sei, welche Beschlüsse zu fassen seien, welche Gesetzesänderungen vorgenommen werden müßten und wie die Wahl des Personenkreises abzulaufen habe, der mit der Durchführung der Gegenwirkung zu beauftragen ist; wenn sich also erst die weltweit agierenden politischen Machtstrukturen darüber einigen müßten, wer die Verantwortung übernimmt, wer welche Zuständigkeiten hat, wie die bereitzustellenden finanziellen Mittel eingesetzt werden, wie die Machtstrukturen zu organisieren sind und welche weiteren Probleme zu berücksichtigen sind. Es würde nicht funktionieren, man könnte es dann auch seinlassen, in der verbleibenden Zeit bis zum Einschlag würde keine Lösung zustande kommen können. Das Überleben der Menschheit gelänge in dieser Situation ohne Zweifel nur dann, wenn Wissenschaftler in aller Welt aus dem vorhandenen Fundus ihres Wissens in kürzester Frist eine Vorgehensweise festlegten, die danach in einer Kommandostruktur durch wissenschaftliche Einrichtungen und deren Führungsgremien organisiert und durchgesetzt wird, ohne daß dabei irgend ein politisches Organ eingreifen kann, keine Regierung, kein Parlament, kein Präsident, kein Kanzler, kein Ausschuß, kurz, keine demokratisch gewählte Institution des gesellschaftlichen Lebens. Es kann, wenn überhaupt, nur mit den Wissenschaftlern gelingen, die dazu über die besten Fachkenntnisse verfügen, die die materiell-technische Basis für ein solches Vorhaben beherrschen und sie am besten einzusetzen in der Lage sind. Ohne jeden Zweifel kann man es nur jenen überlassen, die in lebenslanger Ausbildung und Forschung am ehesten die Fähigkeiten erlangt haben, eine solche Katastrophe abwenden zu können. Alles andere wäre Unsinn. Demokratie, Meinungsfreiheit, Pluralismus und Meinungsvielfalt sind in einer solchen Lage keine funktionierenden Optionen.

Logische Überlegungen führen zu einer grundsätzlichen theoretischen Feststellung, die die Aussage enthält, daß Demokratie objektive Grenzen hat. Es kann keine *Demokratie um jeden Preis* geben. Ihre exzessive Handhabung ist in besonderen Situationen unbrauchbar. Im gedachten Falle wäre dieser Preis – simpel erklärt – die nutzlose Diskussion vor dem unabwendbaren Untergang. Es wäre völlig neben der Sache, zuerst die Frage beantworten zu wollen, ob die Handlungsweise der Wissenschaftler demokratisch legitimiert ist.

Ich bin mir sicher, daß Demokratie um jeden Preis und unter allen Umständen, ich fasse dies einmal unter dem Begriff *exzessive Demokratie* zusammen, keine frei wählbare Entscheidungsmöglichkeit ist. Es existiert ein zwingender Zusammenhang mit den Prozessen, die zu steuern sind. Ich unterscheide zwei Grundsätze:

- Geht es um die **Entwicklung der Gesellschaft**, ist Demokratie unbestritten alternativlos die beste aller möglichen Optionen.
- Geht es um die **Existenz der Gesellschaft**, ist Demokratie nicht anwendbar.

Dabei bin ich mir auch sicher, daß der zweite Grundsatz, der im Falle des konstruierten kosmischen Ablaufs vermutlich allgemeines Verständnis zur Folge hat, auch im Falle einer Pandemie, heißt, der weltweiten Ausbreitung eines für die Menschheit lebensbedrohlichen biologischen Ablaufes, angewendet werden muß. Diese Situation erleben wir zur Zeit, und wir können sehen, daß ein allgemeines Verständnis nicht gegeben ist, wodurch die Abwehrreaktionen der gesellschaftlichen Kräfte verzögert und behindert werden. Pluralistischer Aktionismus, sachlicher Unverstand, Konkurrenzdenken, Geschäftemacherei und völliges organisatorisches Versagen sind die signifikantesten Erscheinungen in allen politischen Strukturen. Ein zäher und schleppend verlaufender Erkenntnisprozeß führt nach erst viel zu langer Zeit zu den notwendigen Verhaltensgrundsätzen.

Ein anderes gegenwärtig in unserem Land verstärkt aufkommendes Problem für eine funktionierende Demokratie ist das immer öfter auftretende bewußte Unterlaufen der Handhabung der Grundregeln, die das demokratische Handeln bestimmen. Viele Deutsche, vor allem im Bereich der Politik, haben in der Gegenwart ein falsches Demokratieverständnis. Es besteht in folgendem:

Wenn eine Abstimmung über die Lösung eines Problems zu einer mehrheitlichen Meinung geführt hat, haben alle, auch die überstimmte Minderheit, diese Lösung zu unterstützen und an ihrer Realisierung mitzuarbeiten. Das ist das Wesen der Handhabung einer demokratischen Entscheidung. Heute versuchen jedoch oftmals Vertreter dieser Minderheit die Mitwirkung an der Lösung zu unterlaufen, zu verweigern oder gar zu sabotieren, weil sie ja, wie sie sagen, dagegen gestimmt hätten. So aber ist Demokratie nicht zu interpretieren. Solche Verhaltensweisen sind geeignet, die Gesellschaft in den Anarchismus abgleiten zu lassen.

Demokratie hat also eindeutige Prinzipien, ohne die sie nicht funktionsfähig ist, und auch objektive Grenzen, bei deren Mißachtung sie ihren Sinn verliert. Das gilt sowohl für ihre Handhabung als auch in ihrer Anwendung. Die gegenwärtige Pandemie führt das ganz sicher uns allen vor Augen. Demokratische Abläufe und Vorgehensweisen müssen in einer solchen Lage ausgeschaltet werden und hinter objektiven Notwendigkeiten zurückstehen. Ein solches Problem ist nur mit klaren Kommandostrukturen lösbar, die bundesweit, in dieser Situation theoretisch sogar weltweit, durchgesetzt werden, ohne zunächst Verfahrensfragen zu debattieren oder Volksmeinungen einzuholen. Für die Bundesrepublik Deutschland heißt das, die Delegation solcher Verantwortlichkeiten auf die Länderebene und von da auf die Kommunalebene ist reiner Unsinn. Sie mag zwar unseren demokratischen Auffassungen entsprechen, ist jedoch in diesem Falle eine falsche Interpretation, weil mit diesem Herangehen auf pluralistische Vielfalt gesetzt wird, wo ohne zentralisierte Führung kein Erfolg eintreten kann. Die deutsche Politik hat diese Prinzipien nicht verstanden. Mehr als ein Jahr benötigte sie, um die Notwendigkeit zentraler Reaktionen auf die Pandemie zu verstehen und entsprechend zu handeln, und noch immer geschieht dies nicht konsequent.

Es gibt noch ein Problem, das mir in diesem Zusammenhang erwähnenswert erscheint. Es mag strittig sein, sollte sich aber einer Überlegung nicht entziehen. Es existieren Kräfte im Lande, die bereit sind, für einen scheindemokratischen Aktionismus, mit dem eine vermeintliche Diskriminierung verschiedener Geschlechter in der Gesellschaft überwunden werden soll, die deutsche Sprache zu opfern und sie nachhaltig zu zerstören. Dieser Prozeß ist zur Zeit schon so weit vorangetrieben, daß die Meinung

anerkannter Sprachwissenschaftler bewußt ignoriert wird und auf politischer Ebene in völliger Unkenntnis der deutschen Grammatik die sogenannten Genderregeln, das sind die Schreib- und Sprechweisen zur sogenannten Gleichbehandlung von Menschen unterschiedlicher sexueller Orientierung, durchgesetzt werden sollen. Die Sprache als das höchste Kulturgut des Volkes wird damit in einer Weise ruiniert, in der auch die Völker, deren Muttersprache deutsch ist, durch willkürliche Spaltung in ihrer Existenz bedroht sind. Dabei ist für diese Kräfte uninteressant, daß sie ihre Bestrebungen sowohl gegen die überwältigende Mehrheit der Völker, als auch gegen die eindeutigen Erkenntnisse der Sprachwissenschaft richten. Leider befinden sich darunter auch machtausübende Einrichtungen, die dazu völlig absurde Vorgänge auslösen. So wird versucht, für die deutsche Sprache „gesetzliche Bestimmungen“ zu „erlassen“ und sie „in Kraft zu setzen“, Vorgänge also, denen jegliche Grundlage fehlt. Die Mehrheitsforderungen der Völker, diesen an Irrsinn grenzenden Prozeß endlich zu beenden, werden mit rechtswidrig inszeniertem Machtgehabe beiseite geschoben, um die widersinnigen Sprachverunstaltungen durchzusetzen. Dazu werden zum Beispiel an Lehreinrichtungen krasse Restriktionen verwendet, mit denen bei Verweigerung schlechtere Noten vergeben werden. Eine Lobby sorgt dafür, daß solche Machenschaften sanktioniert werden. Die Frage ist nun, ob dies möglicherweise im Angesicht der Bedrohung der Existenz der Völker auch ein solcher Vorgang ist, bei dem durch übergeordnete Festlegungen den Betreibern dieses Unfugs das Handwerk gelegt werden muß, bevor es dafür eines Tages zu spät sein wird. Eine demokratische Handlungsweise, auf Mehrheitsbeschluß dem Treiben Einhalt zu gebieten, funktioniert bereits jetzt nicht mehr, weil die treibenden Kräfte an den Machthebeln solche Bestrebungen administrativ unterbinden, ganz genauso, wie bei der Einführung der sogenannten Rechtschreibreform vorgegangen wurde.

Diese hier ausgeführten Darlegungen mögen dem einen oder anderen befremdlich erscheinen, weil sie einige als universell und unumstößlich geltende Praktiken hinterfragen und dabei zu anderen Schlußfolgerungen führen. Kann man in dieser theoretischen Aussage einen substantiellen Fehler auffinden, der mit wissenschaftlich tragfähiger Argumentation vorgetragen werden kann? Ist dies der Fall, werde ich mich revidieren. Jedoch mit demagogischem oder parteipolitischem Geschwätz ohne erkennbaren Sachinhalt, wie in der deutschen Politik heute weit verbreitet, kann dabei kaum etwas bewirkt werden.

Internetquellen (Auswahl, nicht vollständig):

- <https://www.helles-koepfchen.de/wissen/lexikon/pluralismus.html>
- <https://www.dw.com/de/kommentar-die-bequeme-schublade-f%C3%BCr-kritiker-der-corona-ma%C3%9Fnahmen/a-53456662>
- <https://www.soziopolis.de/wider-die-einseitigkeit.html>
- <https://www.saechsische.de/corona-protest-und-die-demokratie-merkel-5251581.html>
- <https://www.forschung-und-lehre.de/politik/politikwechsel-koennte-populismus-schwaechen-2749/>
- <https://www.berliner-zeitung.de/kultur-vergnuegen/debatte/geschlechtergerechte-sprache-peter-eisenberg-die-genderfraktion-verachtet-die-deutsche-sprache-li.158487>
- <https://www.berliner-zeitung.de/wochenende/gendern-ist-eine-sprachliche-katastrophe-li.158476>

[Schließen](#)

